



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Donnerstag den 29. Juni 1882.

Nr. 297.

Deutschland

Berlin, 28. Juni. Die Verhältnisse in Aegypten drängen immer mehr zu einer Entscheidung. Sollten die Engländer in der That, wie sie in dem „Uneigennützigkeits“-Protokolle in Aussicht gestellt haben, keine isolirte Aktion planen, so treffen sie doch nach allen einlaufenden Meldungen derartige umfassende Vorbereitungen, als ob die nächsten Tage bereits eine Entscheidung bringen sollen. Die Alarmanachrichten bezüglich der angeblichen Gefährdung des Suezkanals, die von französischer und ägyptischer Seite entschieden in Abrede gestellt wurden, beweisen deutlich, daß die englische Regierung eifrig nach jenem Vorwande ausspäht, welcher als die letzte Ursache einer bewaffneten Intervention bezeichnet zu werden pflegt, wenn die letztere selbst längst beschlossen war. In der That machen die Engländer bereits „flar zum Gesicht“. Die in Alexandrien befindlichen englischen Einwohner werden aufgefordert, die Stadt zu verlassen oder sich an einem Orte zu konzentrieren, damit die Panzerschiffe eventuell durch ihre Kugeln nicht das Leben von Untertanen Ihrer Majestät gefährden. In diesem Sinne muß wohl nachstehendes Telegramm des Ruter'schen Bureaus verstanden werden:

Alexandrien, 27. Juni, Abends. Der Vizekonsul Calvert hat seine Entlassung genommen. Der den Konsulatsdienst versiehende Beamte begab sich heute früh zu den englischen Einwohnern und ertheilte ihnen den Rath, diejenigen, welche in Alexandrien bleiben wollten, sollten ihre Wohnung in den Bureaus der „Eastern Telegraph-Compagnie“ nehmen. Man könne jeden Augenblick Nachrichten aus Konstantinopel erwarten, welche, gleichviel ob sie wahr oder falsch seien, neue Unruhen der Bevölkerung verursachen könnten.

Bezeichnend ist der Hinweis, daß man jeden Augenblick Alarmanachrichten aus Konstantinopel erwarten könne, während doch alle Welt weiß, daß die Pforte, die davon Abstand genommen hat, Truppen nach Aegypten zu senden, sicherlich Alles vermeiden wird, die Dinge zu komplizieren. Der den „Konsulatsdienst in Alexandrien versiehende englische Beamte“ hat aber jedenfalls die Instruktion erhalten, den nach den Bureaus der „Eastern-Telegraph Compagnie“ gewiesenen Engländern nicht ausdrücklich mitzutheilen, daß die vor Alexandrien befindlichen Panzerschiffe demnächst in Aktion treten könnten. Wäre letzteres nicht eventuell in Aussicht genommen, so erschiene es schwer begreiflich, daß die Vertreter Englands, trotzdem gerade jetzt wichtige Interessen in Aegypten auf dem Spiele stehen, das Feld geräumt haben.

Die Panik dauert denn auch fort. Vorgestern und gestern brachten die beiden Dampfer „Labourdonnais“ und „Junon“ der Messageries maritimes 514 weitere Flüchtlinge aus Alexandrien nach Marseille, unter anderen den Generalprokurator des internationalen Appellhofes in Aegypten, Alfred Bachan mit seiner Familie, und 103 arabische Flüchtlinge christlicher Konfession. Die letzteren wurden auf Befehl des französischen Admirals unentgeltlich nach Marseille transportirt und werden daselbst auf Kosten der öffentlichen Wohltätigkeit untergebracht und verpflegt. Die türkische Regierung läßt es andererseits nicht an Versicherungen der eigenen Friedfertigkeit sowie derjenigen Aegyptens fehlen. In dem jüngsten Rundschreiben der Pforte vom 26. d. werden zwei Telegramme Derwisch Paschas reproduziert, in welchen dieser erklärt, daß die Armee sich zur Treue gegen den Sultan verpflichtet habe. Weiter wird darin hervorgehoben, daß sich über das bekannte Programm des neuen ägyptischen Kabinetts, welches die Ausführung der Firmans und der internationalen Verpflichtungen enthalte, alle auswärtigen Vertreter billigen ausgesprochen hätten, mit Ausnahme der Vertreter Englands und Frankreichs.

England legt nach wie vor an erster Stelle Gewicht darauf, daß Arabi Pascha aus dem ägyptischen Ministerium entfernt werde, wie denn auch die englische Regierung im Parlament ausdrücklich erklärt hat, daß sie das neue Kabinet des Khedive nicht anerkenne. Die jüngsten Auszeichnungen, welche dem letzteren und seinem Kriegeminister von Seiten des Sultans zu Theil geworden sind, bekunden dagegen, wie wenig Werth augenblicklich in Konstantinopel auf die Zufriedenheit oder Unzufriedenheit der Engländer gelegt wird. Bezüglich der erwähnten Auszeichnung schreibt das „Journal de St. Petersburg“, die Verleihung des Medjidiedens an Arabi Pascha müsse einen ganz besonde-

ren Zweck haben, dessen Gründe man noch nicht zu durchschauen vermöge. Sicherlich habe der Sultan damit nicht zu der militärischen Insubordination und zu der Ermordung von Ausländern noch ermuntern wollen. Jedenfalls hätten Schicksalsrückfichten erforderlich erscheinen lassen, zu einer solchen Gunstbezeugung nicht den gegenwärtigen Moment zu wählen.

In Frankreich fügt man sich inzwischen immer mehr in die Rolle der Resignation, zu der man durch das ursprüngliche stürmische Vorgehen Gambetta's verurtheilt worden ist. Die er hat eben sein Pulver zu früh verschossen und man begreift, daß England jetzt die günstige Position auszunutzen will, in die es sich durch das plumpe Vorgehen Gambetta's gebracht sah. Der „N.-Z.“ wird noch gemeldet:

Paris, 27. Juni. Die Nachrichten hinsichtlich der Rüstungen Englands, die kriegerische Sprache der englischen Journale, die gestrige räthselhafte Antwort des Konseilspräsidenten de Freycinet auf die Anfrage Lockroy's haben die hiesigen herrschende Beunruhigung noch gesteigert. In diplomatischen Kreisen beharrt man dabei, daß das englische Kabinet nicht daran denke, augenblicklich in Aegypten zu interveniren, daß aber die militärischen Vorbereitungen Englands die Absicht beweisen, zur Wahrung seiner Interessen, speziell des Suezkanals vorzugehen, falls die Konferenz kein befriedigendes Resultat ergeben sollte. Das gambettistische Organ „Paris“ will wissen, das englische Kabinet habe am letzten Donnerstag die französische Regierung aufgefordert, sich an einer unverzüglichen gemeinschaftlichen Aktion zu betheiligen. Der Ministerrat hat darüber berathen und mit allen gegen 2 Stimmen die Ablehnung des englischen Vorschlags beschlossen.

Die „Prov.-Korresp.“ schreibt: Unser Kaiser, der sich fortwährend des besten Wohlbefindens erfreut, setzt die Kur in Ems regelmäßig fort und macht trotz des ungünstigen Wetters häufig Spaziergänge im Rurgarten.

Ausland.

Wien, 26. Juni. Die sensationelle Meldung von der Verleihung des Medjidie-Ordens I. Klasse an Arabi Pascha durch den Sultan hat hier das ungeheuerste Aufsehen gemacht. Mit dieser demonstrativen Auszeichnung des Mannes, der die leitende Seele der Bewegung in Aegypten ist, hat der Sultan den Westmächten einen Faustschlag ins Gesicht versetzt, wie er niederschmetternder nicht gedacht werden kann. Insbesondere wird nach der Meinung unserer maßgebenden Kreise England von demselben getroffen und man glaubt, daß in Downing Street dieser Schlag nicht schweigend hingenommen werden kann. England steht heute noch trotz des Zusammenbruchs der Konferenz auf dem Standpunkte der Nichtanerkennung des neuen ägyptischen Kabinetts und beharrt heute noch auf der Forderung der Entlassung Arabi Pascha's. Der kürzlich vom Sultan an Arabi Pascha ergangene Befehl, nach Konstantinopel zu kommen, konnte allerdings nur als ein Schein-Entgegenkommen des Sultans gegenüber den Westmächten, besonders England, aufgefaßt werden; aber dasselbe wählte doch den Schein, als ob der Sultan geneigt wäre, seinen Gegnern an der Seine und der Themse eine Konzession zu machen. Allerdings gestörte wieder rasch selbst diesen Schein das Stillschweigen, mit welchem der Sultan und die Pforte die folgende Ausflucht Arabi Pascha's auf die an ihn ergangene Aufforderung, nach Konstantinopel zu kommen, hin nahmen. Dieses Schweigen bekundete vollaus, daß Arabi Pascha als das Werkzeug des Sultans in Aegypten arbeitet und der Großherr mit dieser ihre Spitze zunächst gegen Frankreich und England leitenden Arbeit vollkommen zufrieden ist. In diesem Sinne sprachen sich die hier beglaubigten Botschafter der Westmächte gegenüber dem Grafen Kalnoth aus, und man fügt in unterrichteten Kreisen bei, daß aus den Auslassungen der beiden Diplomaten sich wahrnehmen ließ, daß eine Aktion der Westmächte, in erster Reihe Englands, nicht zu den Möglichkeiten gehöre. Andererseits soll aber der sonst so konsistente Ehem Pascha in weit schärferer Weise den Standpunkt der Pforte sowohl in der ägyptischen Angelegenheit wie gegenüber der Konferenz betont haben, als dies bereits in der Note vom 20. Juni geschehen ist. Wenn noch für die in der Person ihrer Botschafter gegenwärtig in Konstantinopel tagenden europäischen Mächte ein Zweifel darüber bestehen kann, was die Konferenz vom Sultan zu erwarten

habe, so mußte die demonstrative Dekoration Arabi Pascha's durch den Sultan denselben gründlich lösen. Aber auch noch eine andere „That“ Abdul Hamid's, welche äußerlich das Gepräge eines Galanterie-Aktes trägt, kann nicht unbeachtet bleiben und muß nicht mit Unrecht zu politischen Schlüssen herausfordern. Der Pabtschah hat nämlich der Baronin von Calice, der Gemahlin unseres Botschafters in Konstantinopel, den Großorden des „Chefsat“ oder Verdienstordens verliehen. Diese Auszeichnung der diplomatischen Dame kann, als im gegenwärtigen Augenblicke verließen, wo die Haltung des Wiener Kabinetts in der ägyptischen Angelegenheit sich als eine fast extreme pfortenfreundliche bewährte, unmöglich nur als eine jener Tändeleien aufgenommen werden, in welchen sich ab und zu die Laune des Sultans gefällt. Für jetzt möge nur angedeutet sein, daß, wie sich wahrnehmen läßt, der Sultan mit der Dekoration der Baronin Calice dem Wiener Kabinet und seinem Chef eine weit größere Verlegenheit als mit jener Arabi Pascha's bereitet hat.

Petersburg, 25. Juni. Die Verhaftung Ribyloff's und seiner Genossen erweist sich als ein bedeutungsvolles Ereigniß, dessen Tragweite sich kaum noch ermessen läßt; seine sehr große Korrespondenz ist entdeckt und außer den Adressen vieler schwer Verdächtigter auch ein sich weit nach Süden hin erstreckendes Verzeichniß von als „reif“ Anzuwerbenden gefunden, in dem sehr viele Beamten-söhne figuriren. Letzteres ist wohl dadurch erklärlich, daß die jungen Leute im Anblick der Verderbnis und Bestechlichkeit aufwachsen, und bei aller Gefährlichkeit doch nicht grundschlecht erscheinen. Solche Verhältnisse kann es eben nur in Rußland geben. Es ist ein Märchen, daß man ein auf Moskau berechnetes Attentat vor sich habe, vielmehr hat — was kaum noch zu bezweifeln, zwischen den Moskauer Agenten, zu denen Ribyloff erwiesenermaßen gehört, und einer Anzahl Marineoffiziere nebst einigen anderen Militärpersonen, die Aussicht hatten, dienstlich nach Peterhof kommen zu können, eine Verabredung bestanden. Schon vor vierzehn Tagen schien einmal etwas nicht richtig auf den vor Peterhof stationirten Wachschiffen, aber die Untersuchung ergab keinen Anhaltspunkt und die Schwarzseherei wird auch oft übertrieben; jetzt aber scheint es doch, daß die Wachschiffe das Zielobjekt der Verschwörer gewesen sind, denn zwischen ihnen und dem Hafen von Neval hat ein geheimer Verkehr bestanden, der sich auf die gegenüber liegende Küste von Finnland ausdehnt und z. B. die Nachbarschaft der Stadt Helsingfors als bedenklich erscheinen läßt. Gerade jene Gegend war aber schon einmal als ein sicherer Sommeraufenthalt für die kaiserliche Familie in Rede gewesen. Die gesammten Vorbereitungen der Verschwörer ergeben nun, daß diese noch einen Geldvorrath von 40,000 Rubeln besaßen, ihren Sprengproviand von Neval her wahrscheinlich durch militärische Vermittelung erhalten haben und sich darauf einrichteten, den Kaiser entweder gelegentlich eines Spazierganges im Park, oder während einer seiner Fahrten zu Schiffe hierher oder auch bei der eventuellen Ueberrfahrt nach Finnland zu ermorden. Die vorgefundenen Glasbomben und ebenso eingerichteten Bleischnapsen sind mit bedeutender Kunstfertigkeit gearbeitet und jetzt, nachdem sie ihres gefährlichen Inhalts entleert sind, untersucht worden; der untersuchende höhere Techniker konnte sein Staunen nicht verhehlen und sagte: „Hier ist ein Genie zu Grunde gegangen.“ Die Kapseln sind klein, so daß dieselbe Person mehrere zugleich werfen konnte, die Füllung war Dynamit. Der Zar ist offenbar einer furchtbaren Gefahr entgangen und wird sich nur fragen können, ob ihn die Abschließung nach dem System Ignatiev beim Vorhandensein solcher versteckt tragbaren Mordmittel wesentlich mehr schütze, als der Aufenthalt inmitten des Volkes auf großen Reisen im Lande. Es scheint, daß die Verhafteten nur blinde, haßerfüllte Werkzeuge höherer Leitung waren und selbst keinen Antheil an den weiteren Plänen ihrer Auftraggeber hatten; nach dem Totaleindrücke, den das Ganze auf den Monarchen machte, dürfte derselbe aber sein Urtheil bereits gebildet haben und um so eher noch zu Schritten übergehen, die ihm wenigstens eine bedeutende, zustimmende Majorität im Volke selbst verschaffen können. Während dessen lebt er freilich ein Leben des schrecklichsten Misstrauens gegen Bekannte und Fremde. Zum Glück sind trotz des Ortes Neval keine deutschen Namen unter den Verschwörern zu finden.

Provinzielles.

Stettin, 29. Juni. Die Stadtverordneten-Sitzung am Dienstag eröffnete der Vorsitzende Herr Dr. Wolff mit der Mittheilung, daß von dem Nähmaschinen-Fabrikanten Stöwer ein Schreiben eingegangen sei, in welchem er die Versammlung um Vermittelung ersucht, daß ihm sein Fabrikgrundstück, welches nicht auf städtischem Terrain liegt, mit Wasser versorgt würde. Der Magistrat hat Herrn St. mit diesem Gesuch abschlägig beschieden. Auf Vorschlag des Herrn Vorsitzenden wird das Schreiben dem Magistrat mit der Bitte um gef. Auskunft überwiesen.

In letzter Sitzung war gelegentlich der Zuschlagerteilung zum Verkauf des Grundstücks des Jagetuefischen Kollegiums zwischen dem Vorsitzenden und Herrn Döring eine Differenz ausgebrochen; in Bezug hierauf kündigt Ersterer thatsächliche Mittheilungen an, die er jedoch, da Herr Döring in der Versammlung nicht anwesend, bis zur nächsten Sitzung verschieben muß.

Zum Schiedsmann für den 14. Bezirk wurde Herr Kaufmann Reimer, Sellhausbollwerk 2, zum Mitgliede der 4. Armen-Kommission Herr Graveur L. Kase, Schulzenstraße 10, und zum Mitgliede der 15. Armen-Kommission Herr Klempnermeister Salomon, Wallstraße 6, gewählt.

Nach § 25 der Straßen-Bau-Polizei-Verordnung vom 9. September 1880 wird denjenigen Hausbesitzern eine Entschädigung für Herstellung des Bürgersteiges zugesprochen, welche auf ihren Grundstücken Wohnhäuser haben. Auf Grund dieses Paragraphe war Herr Ehrlich, der Besitzer der Grundstücke Wiesenstraße 9—10 und Holzstraße 2, vom Magistrat mit einem Gesuch abgewiesen worden, in welchem er für seine Grundstücke um Trottoirprämie ersuchte, weil auf diesen Grundstücken keine bewohnten Gebäude standen. Herr E. wendet sich nun an die Versammlung und bittet um Bewilligung der Prämie.

Herr Fischer, welcher über diesen Gegenstand referirt, findet in dem angeführten Paragraphen der Straßen-Bau-Polizei-Verordnung eine gewisse Härte, die zu manchen Ungleichheiten führen muß. So hat Herr Boll ganz in der Nähe des Ehrlich'schen Grundstücks ein noch größeres Grundstück, für welches er die Trottoirprämie erhalten hat, weil auf demselben 2 aus Holz erbaute Wärfenbuden stehen. Der Referent beantragt, Herrn E. die Trottoirprämie zu bewilligen, außerdem dem Magistrat in Erwägung zu geben, ob nicht der § 25 der Straßen-Bau-Polizei-Verordnung dahin zu ändern sei, daß darin statt „Wohngebäude“ nur „Gebäude“ gesagt wird.

Herr Dr. Amelung bittet, erst eine Aenderung des § 25 der St.-B.-P.-B. herbeizuführen und dann erst die Bewilligung der Trottoirprämie auszusprechen, weil es nicht thöricht sei, daß, so lange dieser Paragraph zu Recht besteht, eine ihm entgegengesetzte Bewilligung gemacht würde.

Herr Graßmann weist darauf hin, daß das Ehrlich'sche Grundstück früher mit Wohnhäusern versehen gewesen sei, es sei jedoch später parzellirt worden und dadurch seine 2 Grundstücke ohne Wohnhäuser entstanden. Redner wünscht, daß ein Modus gefunden würde, um den bei Durchführung des § 25 der St.-B.-P.-B. entstehenden Uebelständen abzuhelfen. In Berlin sei die Sache gerade umgekehrt, dort erhalten die Grundstücksbesitzer, welche Bürgersteige an nicht bewohnten Häusern herstellen, Prämien, weil diese durch die Legung des Bürgersteiges keinen besonderen Vortheil hätten.

Nachdem Herr Fischer den ersten Theil seines Antrages zurückgezogen, wird beschlossen, dem Magistrat die Aenderung des § 25 der St.-B.-P.-B. in Erwägung zu geben.

Von dem Resultat der pro 1882 verpachteten 81 Wiesen bei Wolschdorf und im Inhabruch wird Mittheilung gemacht; darnach haben sich die Einnahmen gegen das Vorjahr gesteigert. — Die Hineinziehung einer dreieckigen Fläche städtischen Terrains an der Ecke der Friedrich- und Elisabethstraße in das Vorgarten-Terrain des Grundstücks des kgl. Amtsgerichts wird genehmigt.

In der Sitzung vom 25. April d. J. hatte die Versammlung eine Vorlage des Magistrats betreffend die Einführung von Alterszulagen für die städtischen Beamten abgelehnt und nur genehmigt, daß die Gruppe der Sekretäre um 7 Stellen vermehrt würde. Ehe der Magistrat diesen Beschluß

zur Ausführung gebracht, haben sich dieselben jetzt mit einer erneuten Vorlage betreffs Abänderung des Normal-Besoldungsplans an die Versammlung gewandt, weil der Magistrat von der Ueberzeugung durchdrungen ist, daß nur mit Einführung von Alterszulagen eine für die Dauer befriedigende Regelung der Besoldungsverhältnisse zu erzielen sein wird und weil sich der Magistrat der Hoffnung hingibt, die gegen die Alterszulagen erhobenen Bedenken mit Erfolg widerlegen zu können. Gegen die Alterszulagen waren im Wesentlichen nur zwei Gründe geltend gemacht: einmal die große Belastung des städtischen Budgets und ferner die Besorgnis, daß mit Einführung derselben der Anreiz für die Beamten zu angestrebter Tätigkeit und guter Führung eine Veränderung erfahren würde. Um dem ersten Einwand entgegen zu treten, hat der Magistrat eine Wahrscheinlichkeits-Berechnung aufgestellt, welche die Veränderung innerhalb des Beamten-Personals während der letzten 10 Jahre vom 1. April 1872 bis 1. April 1882 zu Grunde gelegt. Danach würde sich die Steigerung der jährlichen Ausgaben im Laufe der nächsten zehn Jahre nur auf 3800 M. belaufen und wäre es auch noch möglich und sogar wahrscheinlich, daß in Wirklichkeit der Mehrbetrag sich noch niedriger stellen würde. Würde bereits im Jahre 1871 das System der Alterszulagen eingeführt sein, so würden gegenwärtig 8695 M. weniger an Gehalt zu zahlen sein. Die Mehrausgabe nach der jetzt vom Magistrat gemachten Vorschläge würde sich um circa 1000 M. niedriger stellen, als die Mehrausgabe, welche die Ausführung des Stadtverordneten-Beschlusses vom 25. April d. J. verursachen würde. Nach der Wahrscheinlichkeits-Berechnung des Magistrats ergibt sich, daß die Einführung der Alterszulagen keine dauernde Belastung des städtischen Budgets, sondern eher eine Verminderung der Ausgabe im Laufe der Zeiten zur Folge haben wird und daß die etwaige Mehrausgabe, welche vorübergehend eintreten könnte, gegenüber den wesentlichen Vorzügen, welche das System der Alterszulagen bietet, nicht ins Gewicht fallen kann. Zu diesen Vorzügen zählt der Magistrat besonders die Herbeiführung einer gleichmäßigen und gerechten Verteilung der Gehälter an Stelle der jetzt zahlreich bestehenden Verschiedenheiten zwischen Beamten von gleichem Dienstalter und gleicher Würdigkeit und ferner die Aussicht der Beamten auf eine regelmäßig fortschreitende, mit ihren wachsenden Bedürfnissen im Einklang befindliche Verbesserung ihres Einkommens.

Herr Dr. Schallau, welcher über die Vorlage referiert, empfiehlt im Namen der Finanzkommission, die Vorlage des Magistrats unter Aufrechterhaltung des Beschlusses der Versammlung vom 25. April d. J. abzulehnen. Die Finanzkommission glaubt, daß die Wahrscheinlichkeits-Berechnung des Magistrats der Wahrscheinlichkeit nicht entspricht und glaubt, daß die Belastung des städtischen Budgets eine höhere werde, als der Magistrat angiebt. Ferner hat die Finanzkommission in den Gründen, welche der Magistrat für die Vorlage vorbringt, Nichts gefunden, was zur Aufhebung des früheren Beschlusses der Versammlung führen könne.

Herr Grafmann spricht sich entschieden für Annahme der Magistratsvorlage aus. Die Finanzkommission habe dieselbe in jeder Weise bekämpft, sie habe es jedoch nicht für werth gehalten, der Berechnung des Magistrats eine andere Berechnung entgegenzustellen. Wenn sich auch die Berechnung des Magistrats nur auf die Wahrscheinlichkeit begründet, so kann dieselbe doch nicht als gänzlich unsicher angesehen werden, denn sie ist auf die tatsächlichen Verhältnisse der letzten 10 Jahre begründet. Dagegen wird der Antrag der F. R. ohne jede Zahl beigebracht und ist als ganz unrichtig zu bezeichnen.

Herr Kammerer Schellack führt in längerer Rede nochmals alle Vorzüge des Alterszulagen-Systems gegenüber dem bisherigen Normalbesoldungsstat vor und sucht nachzuweisen, daß das städtische Budget in keiner Weise mehr belastet wird. Redner empfiehlt wiederholt die Annahme der Magistratsvorlage.

Der Referent sucht den Vorwurf des Herrn Grafmann gegen die Finanzkommission dadurch zurückzuweisen, daß er behauptet, der Wahrscheinlichkeits-Berechnung des Magistrats stehe der Glaube der Finanzkommission gegenüber, daß diese Berechnung nicht zutreffend sei. Mit demselben Recht, mit dem der Magistrat sagt, daß seine Berechnung wahrscheinlich richtig, mit demselben Recht könne die Finanzkommission glauben, daß dies nicht der Fall.

Herr Grafmann erwidert, daß eine Berechnung doch immer etwas anderes sei, als der bloße Glaube von einer Sache, er würde dem Glau- ben der Finanzkommission jedenfalls nicht beitreten und sollte derselbe auch für den alleinseigmachen- den gehalten werden. Sein Glaube, der sich auf die Berechnung des Magistrats stützt, gehe dahin, daß das System der Alterszulage mit der Zeit Er- sparniß bringen werde, vor Allem aber, daß das- selbe moralischen Werth habe, weil bei demselben die Beamten mit freudigem Sinn und alter Energie an ihre Arbeit gehen.

Nachdem noch der Referent für die Herren Kammerer Schellack und Masche gegen den Antrag der Finanzkommission das Wort ergriffen, wird derselbe mit 20 gegen 18 Stimmen ange- nommen.

Die Almosen-Empfänger der 3. Armen-Kom- mission haben sich derartig vermehrt, daß eine Thei- lung derselben und die Bildung einer neuen (der 29.) Armen-Kommission nöthig ist. Die Versamm- lung erklärt sich damit einverstanden, wählt die Mit- glieder der Kommission und bewilligt 22 M. 50

Pfg. an Bureaukosten der 29. Kommission pro 1882—83.

Für einen erkrankten Lehrer an der Oberwiel- schule werden 200 M. bewilligt, ferner für Pfla- stung der oberen Straße der Kiedower Straße 3500 M. unter der Bedingung, daß die dortige Allee erhalten bleibt.

Bei der Etatsberatung wurden die mit 120 M. eingestellten Reisefkosten für die Verpachtung der Wolfshorst-Wiesen und Kontrolle der Graben- räumung abgelehnt. Der Magistrat hat nun eine erneute Vorlage eingebracht, in welcher er um nach- trägliche Bewilligung dieser Summe bittet. Die Versammlung beschließt auch, die Summe von 120 M. wiederum in den Etat einzustellen, dagegen bei den Reisefkosten für den Vorsitzenden der Dekono- mie-Deputation 50 M. und bei den Reisefkosten der Dekonomie-Deputation 20 M. abzusetzen.

In der Sitzung vom 4. Oktober v. J. lag der Versammlung ein Plan zur Erweiterung resp. Verbesserung der städtischen Wasserwerke vor. Nach längerer Debatte beschloß die Versammlung, den Magistrat zu ersuchen, erst technische Ermittlungen anzustellen, vor Allem von bewährten Wasserlei- tungs-Technikern Gutachten herbeizuführen und erst wenn die Wasserleitungs-Deputation über diese Gut- achten berichtet hat, eine neue Vorlage einzubringen. Der Magistrat hat in Folge dessen das Gut- achten des Bau- und Wasserbau-Raths in Berlin er- halten, unter dessen Leitung s. Z. die hiesige Wasser- leitung eingerichtet wurde, und wurden demselben 6 Punkte zur Begutachtung unterbreitet: 1) Die Bedachung des Rinnwasser-Bassins. 2) Die Her- stellung einer mechanischen Sandwäse. 3) Der Zuleitungs-Kanal. 4) Herstellung einer zweiten Hauptrohrleitung von der Maschinenstation nach dem Hochreservoir. 5) Erbauung zweier Filterbassins. 6) Herstellung einer neuen Maschinen-Anlage. Ferner hat sich noch Herr Grahn, der Direktor der Wasserwerke von Krupp in Essen, sowie Herr Küm- mel, Direktor der Gas- und Wasserwerke in Al- тона über die Sache geäußert, auch die Wasserlei- tungs-Deputation hatte wiederholt Beratungen über die eingezogenen Gutachten und kam schließlich zu dem Resultat, die Herstellung einer Wellblechbedachung des Rinnwasser-Bassins (Kostenanschlag 10,000 Mark), die Errichtung einer mechanischen Sand- wäse mit Lokomobile-Betrieb (Kostenanschlag 8800 Mark), Verlängerung des Zuleitungs-Kanals (Kosten- anschlag 13000 M.), und die Vornahme der Vor- arbeiten für die Erbauung zweier neuer Filterbassins (Kostenanschlag 9500 M.) in Vorschlag zu brin- gen. Der Magistrat brachte eine dahingehende Vorlage ein, welche von der Versammlung unter Bewilligung der Kosten auch angenommen wurde.

Die Verwaltung der Magistrats-Mitglieder- Wittwenkasse hat sich konstituiert, sie besteht aus den Herren Oberbürgermeister Haken und Kammerer Schellack vom Magistrat und den Herren Rab- bow und Wächter aus der Versammlung. Es wird beantragt, eine für die Kammereinfasse auf dem Grundstück Paradeplatz 29 haftende Hypothek von 3000 M. an diese Kasse zu überweisen. Die Fi- nanzkommission erklärt sich durch ihren Referenten Herrn Tetz dagegen, hauptsächlich weil jetzt schwer- sere Hypotheken zu 4 1/2 pCt. zu belegen sind, event. sollen die Kosten der Uebertragung der Witt- wenkasse zur Last fallen. Herr Grafmann be- merkt, es handle sich hier scheinbar um eine unde- deutende Sache, doch sei die Finanzkommission der Ansicht, daß ein Durcheinandergehen der verschiede- nen Kassen mit der Kammereinfasse nicht angebracht sei, dies müsse verhindert werden. Nachdem Kam- merer Schellack den Vorwurf, daß ein Durch- einandergehen der Kassen stattfindet, zurückgewiesen und weitere Erklärungen gegeben hatte, wurde die Vorlage abgelehnt.

Mit der Vervollständigung der Dünzig-Anla- gen soll weiter vorgegangen werden. Nach dem Vertrage vom 14. Juli 1876 hatten die Dreeslau- Schwednitz-Freiburger und die Berlin-Stettiner Eisenbahn übernommen, einen festen Lastentrain von 800 Zentner Tragfähigkeit zwischen der Baumbrücke und dem ersten Eisenbahnschuppen aufzustellen. Es haben hierüber hernach schon jahrelange Verhand- lungen stattgefunden, weil der Vorschlag gemacht wurde, statt des festen einen schwimmenden Krahn aufzustellen, doch hatte der Magistrat hiergegen Wi- derpruch erhoben, den er aber jetzt aufgegeben hat, ohne die Gründe dafür anzugeben. Nach dem An- schreiben des Magistrats sind auf Veranlassung des Regierungspräsidenten die Interessenten (der Bres- lau-Freiburger und Berlin-Stettiner Bahn, der Kaufmannschaft, des Magistrats u.) zu einer Be- rathung zusammengetreten und wurde dort beschlos- sen, einen schwimmenden Krahn von 40,000 Kilo Tragfähigkeit hinter der Dünzig-Hafenanlage herzu- stellen. Es soll ein Bassin in das Land hineinge- graben werden, wo der Krahn für gewöhnlich un- tergebracht werden soll, so daß der Verkehr im Dünzig-Kanal nicht gehindert wird. Die Anträge des Magistrats gehen dahin: a. die Herstellung eines schwimmenden Lastentrains von 40,000 Kilo Tragfähigkeit hinter der Dünzig-Hafenanlage statt eines festen Krahns zwischen der Baumbrücke und dem 1. Eisenbahnschuppen, b. den Kaufpreis von 10 Mark pro Quadratmeter für die seitens der Breslau-Freiburger Eisenbahngesellschaft zu erwerb- enden ca. 217 Quadratmeter Terrain am Dünzig, c. die Kündigung der Pachtstücke Nr. 7 und 8 am Dünzig für den 1. Januar 1883 zu genehmigen und die Vertragsgelosten betriebs der abzutretenden ca. 217 Quadratmeter großen Terrainfläche zu be- willigen.

Die Finanz-Kommission erklärt sich mit den Ideen durch ihren Referenten Herrn Masche voll- ständig einverstanden, hält aber doch eine Abwen- dung für nöthig, und beantragt daher: „die Ver-

sammlung wolle die Vorlage genehmigen — unter der Bedingung, daß die Sache übereinstimmend mit dem früheren Vertrage mit den Eisenbahnen behan- delt wird, das Eigentumsrecht der Stadt Stettin an dem abzutretenden Terrain vorbehalten bleibt und auch hier nach § 7 des früheren Vertrages für das Kaufkapital eine Rente von 5 pCt. per Anno gezahlt wird.

Nach einer kurzen Debatte wird die Vorlage angenommen und der Beschluß dahin präzisirt: „Die Versammlung genehmigt die Verlegung des Lasten- trahns hinter die Dünzig-Hafenanlage, ebenso die Verwendung des schwimmenden statt eines festen Krahnes, erklärt sich damit einverstanden, daß der Werth der abzutretenden Fläche auf 10 Mark pro Quadratmeter Terrain berechnet wird, stellt jedoch die Bedingung, daß diese Angelegenheit überein- stimmend dem früheren Vertrage mit den Eisenba- nen behandelt wird, gemäß § 7 des früheren Ver- trages das Eigentumsrecht der Stadt Stettin an dem abzutretenden Terrain vorbehalten bleibt und auch hier statt des Kaufkapitals eine Rente von 5 Prozent per Anno gezahlt wird.“

Da inzwischen die Zeit weit vorgeschritten ist, muß der letzte Gegenstand der öffentlichen Sitzung: „Zustimmung zu dem Magistratsbeschlusse, wonach die von Herrn A. Fock gestellten Anträge wegen Umtausches von Terrain, Herstellung eines Zufuhr- weges, Legung eines Wasserleitungsrohres und Ge- währung einer Subvention zur Anlage eines Be- triebslagers, ablehnend beschieden werden sollen“ von der Tagesordnung abgesetzt werden. Der Vor- sitzende äußerte darüber sein Bedauern, weil Herr Fock noch im Laufe des Tages an die Versamm- lung ein Schreiben gerichtet hat, in welchem er sich über die langsame Erledigung seines Gesuches, zu- gleich aber auch über die Formulirung der Tages- Ordnung ausgesprochen, indem er anführt, daß er die Stadt nicht um eine Subvention ersucht, wie dies in der Tagesordnung angeführt sei. Der Vorsitzende erklärt dagegen, daß es sich nach den Anschauungen des Magistrats um eine Subvention handeln müsse.

Das auf der Thurm Spitze des kleinen Ja- sobi-Kirchthurms befindliche Kreuz zeigt eine so schle- che Lage, daß es jedem Beschauer gefährdend er- scheint. Durch einen Blick durch ein Fernrohr läßt sich auch leicht feststellen, daß das Kreuz bereits stark verrostet ist und die oberen Stüde, durch welche das Kreuz in gerader Linie gehalten wurde, sind voll- ständig aus dem Dienst getreten und wird das ganze Kreuz nur noch durch die unteren Stüde ge- halten. Es ist dadurch zu befürchten, daß bei star- kem Winde das Kreuz herabgeworfen und dadurch ein Unglück herbeigeführt werden kann und wäre zu wünschen, daß bald eine genaue Untersuchung ein- geleitet werde.

Am Sonntag hatten sich die Reserve- und Landwehr-Offiziere des Stargarder und Stettiner Bezirks zu einer gemeinsamen Festsitzung nach Nie- broy vereinigt. Unter den ungefähre 150 Theil- nehmern befanden sich auch der Herr Brigade-Ge- neral v. Stempel, Herr Bezirks-Kommandeur Oberst Bauer, Herr Divisionsprediger Gehrt und einige aktive Offiziere. Die schöne vom präch- tigsten Wetter begünstigte Fahrt nach Niebroy ver- lief ohne Unfall in der gemüthlichsten Weise. Das Diner wurde in Niebroy eingenommen. Unter den verschiedenen Tischrednern ist noch besonders der Herr Divisionsprediger Gehrt zu nennen, welcher an das versammelte Offiziercorps, in Anbetracht sei- nes demnachstigen Austritts aus seiner jetzigen Stel- lung eine Abschiedsrede hielt. Noch lange wird in Allen dies Fest die angenehmsten Erinnerungen zu- rückrufen.

In „Elysium-Theater“ haben die Vorproben zu „Schützenlied“ bereits vor einigen Tagen begonnen. Der Komponist der No- vität, Herr Kapellmeister Steffens ist gestern aus Berlin hier eingetroffen, leitet die Musikproben und wird die ersten Vorstellungen von „Schützen- lied“ persönlich dirigiren.

Gestern verstarb in Bethanien der in mu- sikalischen Kreisen bekannte Konzertmeister Bernhard Knopp an der galoppirenden Schwindsucht.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Elysiumtheater: „Im Wohnzimmer seiner Exzellenz.“ Lebensbild 1 Akt. Hierauf: „Doktor Robin.“ Lustsp. 1 Akt. Bellevue: „Die schöne Perserin.“ Operette 3 Akten.

Gelegentlich der zum Berliner Schützenfest statt- gefundenen 150. Aufführung von „Schützenlied“ wurde dem Fräulein Lucia Verdie nachste- hendes, von einer Ehren-Medaille begleitetes Gedicht gewidmet:

An Fräulein Lucia Verdie
als „Schützenlied“.

O Schützenlied habe Dank
Daß Du hierher gekommen,
Dit hat, wenn wir von Dir geschwärmt,
Die Frau es schief genommen.
Nun sind sie all' elektrisirt,
Wie wir beim Bundeschießen,
Und sind erquickten, um Dich heut'
Mit Beifall zu begrüßen
Das Bild, das alle Welt entzückt,
Erschling durch Dich erst Leben,
Und was selbst München nicht gehabt,
Hast Du Berlin gegeben.
Ein Schützenlied haben wir —
Lebendig, frisch und lieblich,
Die Männer meinen hier sogar
Du wärst zu appetitlich!
So thatest Du den Meisterkuß,
Die Schützen sagen's offen:

Du hast das Schwarze nicht allein,
Du hast das Herz getroffen!
Und wenn auch keine Zierde braucht
Noch Deine schmutze Taille;
Wir bringen Dir, wie sich's gebührt
Die Münchner Medaille.
Und nimmst Du dieses Zeichen an
So freu'n sich unaufhörlich
Die Schützen, die in München war'n!
Im Auftrag: Pose. — Ehrlich.

Bermischte.

Ein lustiges Abenteuer passirte einer dra- matischen Sängerin, die der Anciennetät und ihrem Lebensalter zufolge zu den jüngsten Mitgliedern un- serer Hofbühne zählt. Die Sängerin weilte mit ihrer Mutter in dem lieblichen Aulse, wo sie gänzlich unbekannt bei gewöhnlichen Bauersleuten wohnte, um einen recht ursprünglichen Naturgenuss zu ha- ben und dem Hotelleben zu entgehen. Dieser Tage stellte sich in ihrem bescheidenen Logis ein Fremder vor, der ihnen, wie die Mutter der Sängerin be- merkt hatte, auf ihren einsamen Bergpartien bereits wiederholt in einer gewissen Entfernung gefolgt war. Auf Befragen, was er wünsche, gab der Fremde an, er habe die Absicht, „das Glück des Fräuleins zu machen“. Mutter und Tochter vermuteten einen Heirathsantrag und sahen den Fremden groß an. „... Der Zufall war so günstig,“ fuhr derselbe fort, „mich wiederholt auf Ihre Spur zu leiten, und so oft ich Ihnen folgte, hatte ich das Glück, einige kleine Gesangsproben mit anzuhören, welche mich überzeugten, daß Ihr Fräulein Tochter eine für die Oper durchaus geeignete Stimme besitzt.“ — Die Sängerin hatte nämlich in ihrem jugendlichen Uebermuth, wenn sie sich mit ihrer Mutter allein glaubte, zu jodeln versucht, und diese „Gesangsprobe“ war gemeint. „Ich bin der Impresario G. aus Wien,“ stellte sich der Fremde vor, „und wenn Sie mich Ihres Vertrauens würdigen wollen, so glaube ich, Ihnen nach vollendeter Ausbildung eine be- deutende Opernkarriere verhüten zu können.“ „Das ist sehr schön,“ erwiderte die junge Dame, mühsam das Lachen verbergend, „aber ich werde kaum hin- reichend Zeit finden, ich bin nämlich vorläufig noch für drei Jahre an der Berliner Hofoper engagirt.“ — Der Impresario war starr; als er sich ermannen hatte, griff er nach dem Hut, um sich eiligst zu entfernen. Jedenfalls beweist das lustige Erlebnis, daß die Herren Direktoren und „Kunst- unternehmer“ fleißig und überall aufpassen, ob sich nicht wo ein Opernstimmchen bemerkbar macht.

Ein schleswig-holsteinisches Blatt berichtet, daß am Haffring, wo dieser Tage mit der dortigen Postagentur eine Telegraphenstation verbunden wor- den, folgende poetische Danstzung an Staatssekre- tär Dr. Stephan ergangen ist:

Wid her von Haffstroogs Ofssestrand
Beed eersuchtvol wi Di de Hand
per Draht.
Da Du to uns wüßt hertofin'n,
Mit alle Welt uns to verbin'n
per Draht.
Wi ropt nu, op den Draht entlaft:
Behüt Di God! Di veelen Dank!
per Draht.

De dankbaren Hafftröger.
Nach wenig Stunden traf darauf ein freund- liches Danktelegramm des Gefeierten ein.

Telegraphische Depeschen.

Emß, 28. Juni. An dem gestrigen Diner bei Sr. Majestät dem Kaiser nahmen Theil die Prinzen Heinrich XVII. Ruß und Nikolaus von Nassau, der Schloßhauptmann von Düsseldorf, Frei- herr von Marcken zu Gerath, Kammerherr Frei- herr von Solemacher - Antweiler und der Badearzt Geh. Rath Dr. Dith. Abends erschien Sr. Ma- jestät im Theater; heute früh setzte der Kaiser in gewohnter Weise die Kur fort.

Angsbürg, 28. Juni. Der „Allg. Ztg.“ zufolge hat der König angeordnet, daß zur Erin- nerung an die denkwürdigen Leistungen der bayerischen Armee in den Kriegsjahren 1870—1871 in ähn- licher Weise, wie solches in den übrigen deutschen Staaten bezüglich der Waffenthaten des Heeres ge- schehen ist, zwei große Gemälde durch den Schlach- tenmaler Heinrich Lang ausgeführt und zur öffent- lichen Anschauung in der Gemäldesammlung des Staates aufbewahrt werden.

Wien, 28. Juni. Die „Wiener Ztg.“ ver- öffentlicht ein vom 26. cr. datirtes kaiserl. Hand- schreiben an die Minister Graf Falkenhayn, Dr. Brazak und Konrad von Eyselsfeld, mittelst dessen einem jeden derselben der Orden der eisernen Krone 1. Klasse und zwar dem Grafen Falkenhayn mit der Kriegesdekoration der 3. Klasse dieses Ordens verliehen wird.

Petersburg, 28. Juni. Wie verschiedene Blätter melden, hat das Finanzministerium verfügt, daß die von den Reichsbanken gegen Unterpfand von Wertpapieren, vornehmlich Eisenbahnaktien, an Unternehmer und Finanziers ausgegebenen Subsidien genau zu der vereinbarten Frist zurückzuerstatten wer- den sollen.

Nach Mittheilungen, welche der „Neuen Zeit“ aus der hiesigen chinesischen Gesandtschaft zugehen, ist der Marquis Tseng auf weitere 3 Jahre zum außerordentlichen Gesandten am hiesigen Hofe er- nannt worden.

Konstantinopel, 28. Juni. Gutem Verneh- men nach wurde in der gestrigen Sitzung der Kon- ferenz seitens aller Mächte die Zustimmung erteilt, sich jedes isolirten Vorgehens in Egypten während der Dauer der Konferenz zu enthalten, ausgenom- men den Fall, daß die Sicherheit der europäischen Bevölkerung bedroht wäre.